

Kleine Anfrage

der Abg. Chris Hegel und Kurt Hermann AfD

Ausländische Inhaftierte im Justizvollzug Baden-Württemberg – Daten zu Staatsangehörigkeit, Mehrfachstaatsbürgerschaft und Kosten

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Personen befanden sich zum Stichtag 31. März 2026 in den Justizvollzugsanstalten des Landes Baden-Württemberg in Haft, aufgeschlüsselt nach Gesamtzahl, Haftart (insbesondere Strafhaft, Untersuchungshaft, Jugendstrafe, Ersatzfreiheitsstrafe und sonstige Haftarten) sowie nach deutscher Staatsangehörigkeit, nichtdeutscher Staatsangehörigkeit und staatenloser oder mit ungeklärter Staatsangehörigkeit?
2. Wie hoch war zum genannten Stichtag der Anteil nichtdeutscher Inhaftierter an allen Inhaftierten in Baden-Württemberg, jeweils in absoluten Zahlen und Prozent, getrennt nach Strafhaft, Untersuchungshaft, Jugendstrafvollzug und den übrigen Haftarten?
3. Wie verteilen sich die nichtdeutschen Inhaftierten zum genannten Stichtag nach Staatsangehörigkeit (bitte alle Staatsangehörigkeiten mit der jeweiligen absoluten Anzahl sowie dem prozentualen Anteil an allen nichtdeutschen Inhaftierten und an der Gesamtzahl aller Inhaftierten auflisten, die Auflistung soll nach absteigender Häufigkeit sortiert erfolgen)?
4. Wie viele Inhaftierte besaßen zum genannten Stichtag neben der deutschen Staatsangehörigkeit mindestens eine weitere Staatsangehörigkeit (bitte die Zahlen nach Anzahl, Haftart sowie nach der weiteren Staatsangehörigkeit aufschlüsseln; falls diese Daten nicht vorliegen, bitte die Gründe für die Nichterfassung ausführlich darlegen und dabei insbesondere angeben, welche technischen oder rechtlichen Hindernisse einer entsprechenden Erfassung aus Sicht der Landesregierung entgegenstehen)?
5. Wie hat sich die Zahl und der Anteil nichtdeutscher Inhaftierter in den letzten zehn Jahren entwickelt, jeweils zum 31. März der Jahre 2016 bis 2026, aufgeschlüsselt nach Gesamtzahl, deutscher Staatsangehörigkeit, nichtdeutscher Staatsangehörigkeit und staatenloser oder mit ungeklärter Staatsangehörigkeit?
6. Welche Aussagekraft misst die Landesregierung der Strafvollzugsstatistik des Landes Baden-Württemberg im Hinblick auf Zusammenhänge zwischen Migration und Kriminalität bei, wenn der Migrationshintergrund von Inhaftierten mit deutscher Staatsangehörigkeit im baden-württembergischen Justizvollzug nach Mitteilung der Landesregierung in der Kleinen Anfrage Drucksache 17/86 derzeit nicht gesondert erfasst wird?
7. Plant die Landesregierung, den Migrationshintergrund von Inhaftierten mit deutscher Staatsangehörigkeit im baden-württembergischen Justizvollzug zukünftig gesondert zu erheben (bitte gegebenenfalls den geplanten Zeitpunkt sowie Art und Umfang der Erfassung darlegen; falls keine Erfassung vorgesehen ist, bitte die Gründe für eine dauerhafte Nicht-Erfassung ausführlich begründen)?
8. Wie hoch waren die durchschnittlichen Kosten des baden-württembergischen Justizvollzugs pro Inhaftiertem und Tag beziehungsweise pro Inhaftiertem und Jahr in den Jahren 2016 bis 2025, unter Angabe, welche Kostenarten bei dieser Berechnung berücksichtigt beziehungsweise nicht berücksichtigt werden?

9. Wie hoch waren die Gesamtausgaben des baden-württembergischen Justizvollzugs in den Jahren 2016 bis 2025 (bitte jährlich die Gesamtsumme angeben und jeweils eine detaillierte Aufschlüsselung der Ausgabenstruktur vornehmen)?

20.6.2026

Hegel, Hermann AfD

Begründung

Der überproportionale Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger in der Polizeilichen Kriminalstatistik ist seit Jahren Gegenstand der öffentlichen und politischen Diskussion. Für eine sachgerechte Bewertung der sich daraus ergebenden Folgen, insbesondere die Auswirkungen auf die Auslastung des Strafvollzugs, den Personalbedarf, Sicherheitsanforderungen sowie die Kosten des Vollzugssystems sind belastbare und differenzierte Daten erforderlich. Von besonderem Interesse ist dabei, welchen Anteil nichtdeutsche Staatsangehörige an den Inhaftierten in Baden-Württemberg haben, wie sich diese Entwicklung über die vergangenen Jahre verändert hat und welche Herkunftsstaaten besonders häufig vertreten sind. Ebenso stellt sich die Frage, in welchem Umfang Mehrfachstaatsangehörigkeiten vorliegen und welche Erkenntnisse der Landesregierung hierzu vorliegen. Darüber hinaus besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, ob die derzeitige Datenerhebung im Justizvollzug ausreicht, um Zusammenhänge zwischen Migration, Kriminalität und den Belastungen staatlicher Institutionen nachvollziehbar abzubilden. Insbesondere vor dem Hintergrund steigender Kosten des Strafvollzugs und begrenzter Kapazitäten bedarf es einer transparenten und umfassenden Datengrundlage. Die Landesregierung wird daher um Auskunft über die Struktur der Inhaftierten im baden-württembergischen Justizvollzug, deren Entwicklung im Zeitverlauf sowie die hieraus resultierenden Auswirkungen auf den Justizvollzug gebeten.